



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Rundschreiben Nr. 20/2025

An die

- a) Mitgliedsgewerkschaften des
dbb rheinland-pfalz
- b) dbb arbeitnehmervvertretung rheinland-pfalz
- c) dbb jugend rheinland-pfalz
- d) dbb landesfrauenvertretung
- e) dbb Bezirks- und Kreisverbände

nachrichtlich

- a) Mitglieder des dbb-Landesvorstandes
- b) dbb-Ehrenvorsitzende
- c) dbb-Ehrenmitglieder
- d) dbb-Kassenprüfer

Mainz, 30.10.2025
he/--

Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz am 28. Oktober 2025 in Bad Kreuznach

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

am 28.10.2025 trafen sich die Mitglieder des Vorstands des dbb rheinland-pfalz vormittags und die Mitglieder des Hauptvorstands nachmittags in Bad Kreuznach zu intensiven Beratungen im Rahmen ihrer turnusmäßigen Herbstsitzungen.

Im Hauptvorstand zu Gast war **Staatssekretär Dr. Denis Alt** (SPD), der Chief Digital Officer und Chief Information Officer der rheinland-pfälzischen Landesregierung aus dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung.

Entwicklungen beim dbb / personelle Änderungen in der dbb Bundesspitze

Die Gremien des dbb rheinland-pfalz gedachten dem verstorbenen ehemaligen dbb Bundesvorsitzenden **Ulrich Silberbach** sowie dem verstorbenen Stellvertretenden Vorsitzenden und Fachbereichsvorstand Beamtenpolitik **Waldemar Dombrowski** mit einer Schweigeminute.

Gesprochen wurde über die zwischenzeitlich erfolgten **Nachwahlen** – dbb Bundesvorsitzender **Volker Geyer** (Kommunikationsgewerkschaft DPVKOM), Zweiter Bundesvorsitzender und Fachbereichsvorstand Tarifpolitik **Andreas Hemsing** (komba) und stellv. Bundesvorsitzender **Florian Köbler** (DSTG) – .

Beleuchtet wurde das Kandidatenfeld zur für Anfang Dezember geplanten Nachwahl des Stellvertretenden Vorsitzenden und Fachbereichsvorstands Beamtenpolitik.

Ins Rennen gehen nach aktuellem Kenntnisstand **Thomas Liebel**, Bundeschef der Bundesbeamtengewerkschaft BDZ, **Milanie Kreutz** (DSTG), Vorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung und **Heini Schmitt** (DPoIG), Landesvorsitzender des dbb Hessen und Kandidat der Landesbünde (vgl. dazu auch Artikel im „Behördenspiegel“, Ausgabe November 2025, Seite 4).

Berichtet und diskutiert wurde über die Neueinrichtung einer **Bundesbeamtenstatus-Kommission beim dbb Bund** mit dem Zweck der Erarbeitung einer Argumentations- und

Medienstrategie im Sinne der Statusgruppe, des bundesweiten Erhalts des Statusrechts und der Abwehr populistischer Angriffe darauf.

TV-L Entgeltrunde 2025/2026 Länder; Forderungsfindung am 17.11.2025 und gewerkschaftliches Vorgehen

Besonderes Augenmerk richteten die Gremienmitglieder auf die anstehende Einkommensrunde der Länder.

Aus den Regionalkonferenzen des dbb im Herbst ging ein **Forderungshorizont** hervor, der geprägt ist von Rufen nach hoher linearer Entgeltanpassung und entlastender Arbeitszeitflexibilität (Vorbild: TVöD-Abschluss).

Die gewerkschaftlichen Forderungen werden am 17.11.2025 beschlossen und veröffentlicht. Der **Zeitplan** der Tarifrunde lautet:

- 17. November 2025 Forderungsfindung in Berlin
- 03. Dezember 2025 Auftaktrunde in Berlin
- 15./16. Januar 2026 Zweite Runde in Potsdam
- 11.-13. Februar 2026 Abschlussrunde in Potsdam

Es gibt keine Schlichtungsvereinbarung mit der Arbeitgeberseite; weitere Verhandlungsrunden sind denkbar.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsgewerkschaften im Bereich der Landesdienstes verabredeten in den Sitzungen vorsorglich solidarisches Zusammenwirken für den möglichen Fall, dass Warnstreik- und Protestaktionen als Mittel zur Überzeugung der Arbeitgeberseite geplant und durchgeführt werden müssen im neuen, noch jungen Jahr 2026.

Szenarien wurden erörtert, mögliche Aktionen diskutiert und insgesamt die Achtsamkeitsschraube gedreht, damit **nötigenfalls kurzfristig** öffentlichkeitswirksam **Arbeitnehmerdruck** auch in Rheinland-Pfalz entfaltet werden kann, sollte sich die Arbeitgeberseite gegenüber den Gewerkschaftsforderungen verschlossen zeigen.

Besonders betont wurde die Forderung nach **systemgerecht zeit- und inhaltsgleicher Übertragung** des hoffentlich schnell erzielten Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamtinnen/-beamten in Rheinland-Pfalz.

Entschlüsse

Vor dem Hintergrund geplanter Fraktionsgespräche, der Einkommensrunde der Länder und der Landtagswahl 2026 verabschiedete der Hauptvorstand jeweils einstimmig drei Entschlüsse zur Positionierung des Landesbundes:

- Für einen **beständigen Beamtenstatus im öffentlichen Dienst**
- Für ein **angemessenes Ländertarifergebnis 2026**
- Appell für eine **funktionsgerechte Ausstattung des öffentlichen Dienstes**

Die Forderungspapiere sind als **Anlagen** beigelegt.

Positionierung zum Modell einer (optionalen)pauschalen Beihilfe

Der Landesvorstand des dbb rheinland-pfalz diskutierte vertieft und differenziert über den **Gesetzesantrag der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz zur Abschaffung der beihilfenrechtlichen Kostendämpfungspauschale und zur Einführung einer optionalen pauschalen Beihilfe** – vgl. Landtagsdrucksache 18/13095.

Die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale liegt voll auf der gewerkschaftspolitischen dbb-Linie, vorgegeben durch Beschlüsse des Gewerkschaftstages.

Der dbb Landesbund hatte seinerzeit auch eine Petition gegen die Kostendämpfungspauschale gestützt.

Eine optionale, freiwillige **pauschale Beihilfe** (nach Hamburger Modell) beurteilte das Gremium allerdings deutlich negativ und **lehnte** das Fraktionsansinnen **einstimmig ab** als teuren, mobilitätseinschränkenden Systembruch, der einem Einstieg in den Ausstieg vom bewährten Beihilfensystem gleichkäme.

Haushalt und Vermögen

Die **Kassenprüfer** erstatteten ihren beanstandungslosen Prüfbericht im Hauptvorstand. Das Gremium fasste die satzungsgemäßen **Haushaltsbeschlüsse**.

Rechtsschutz / Justizariat

Die Gremien nahmen zustimmend zur Kenntnis, dass seitens des Landesbundes in gewerkschaftlichen **(Disziplinar-)Rechtsschutzfällen** aus dem Bereich **vorgeworfener Verstöße gegen die Verfassungstreue** im öffentlichen Dienst mit Bezug zur Mitgliedschaft oder Unterstützung als **extremistisch** eingestufte Organisationen grundsätzlich **keine Rechtsschutzgewährung** erfolgt.

Berichte aus weiteren Gremien und Untergliederungen des Landesbundes

Berichte aus den **Gremien des dbb Bund**, aus der **dbb arbeitnehmervertretung rheinland-pfalz**, der **dbb landesfrauenvertretung rheinland-pfalz**, der **dbb jugend rheinland-pfalz**, dem **Arbeitskreis Seniorenpolitik** und dem **Arbeitskreis Bildungsgewerkschaften** sowie den gebietlichen **Untergliederungen** und Mitgliedsgewerkschaften rundeten den Lagebericht im Hauptvorstand ab.

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung (MASTD)

Dr. Denis Alt, Staatssekretär im **MASTD**, hielt einen Impulsvortrag zum Thema **Transformation in der Arbeitswelt mit speziellem Blick auf den öffentlichen Dienst in Rheinland-Pfalz** mit anschließender Fragerunde.

Künstliche Intelligenz bedinge eine Evolution auch im öffentlichen Dienst, bei der die Mitarbeitenden mitgenommen und das Führungspersonal sensibilisiert werden müsse.

New Work benötige Akzeptanz auf allen Ebenen, um zu gelingen – mit Vorteilen für „Kundschaft“, Personal und Führung.

Mobiles Arbeiten bedeute auch insbesondere Führungsherausforderung; gute Führung steigere die Akzeptanz von Agilität.

Angesichts des Nachwuchs- und Fachkräftemangels gehe es darum, den Staat so zu organisieren, dass er mit weniger Mitarbeitern betrieben werden kann.

Gesetzt werden müsse dabei auf mehr zentrale Vorgaben und Vereinheitlichungen, auf mehr Kooperationen und Verfahrensvereinfachungen. Auf der einen Seite werde so die Verwaltung effektiver, auf der anderen (Bürger-)Seite nehme dann die Zufriedenheit mit staatlichen Dienstleistungen zu.

Beispielsweise bei der elektronischen Identität entwickle sich die Praxis hin zu mehr Hindernislosigkeit und somit zu mehr Nutzerakzeptanz, Stichwort „AusweisApp“.

Die Landesregierung verfolge in ihrem Zuständigkeitsbereich mit dem Open Data-Gesetz im Übrigen eine effiziente Datendrittnutzung sowie mit dem Prinzip „Once Only“ eine effektivere Beantragung von Leistungen, in dem behördenübergreifende Datennutzung erleichtert wird.

Ihr gehe es allgemein um Basis-Input zu ihrer Digitalisierungsstrategie und deren alltäglichen Einzelfallumsetzungen. Man wünsche sich enge Kommunikation mit den Anwendern im öffentlichen Dienst, die in ihrer Eigenschaft als versierte Fachleute als Garanten gelingender Transformation angesehen werden.

Nachfragen aus dem Gremium zur Aufgabenkritik im öffentlichen Dienst sowie zur Fehlerkultur schlossen sich an und wurden besprochen.

Termin:

Termin für die nächsten Sitzungen von Vorstand und Hauptvorstand des dbb rheinland-pfalz ist **Donnerstag, 23.04.2026**.

Mit freundlichen Grüßen



Lilli Lenz
Landesvorsitzende

Für einen beständigen Beamtenstatus im öffentlichen Dienst

**EntschlieÙung des Hauptvorstandes des
dbb rheinland-pfalz**

vom 28. Oktober 2025



**dbb
beamtenbund
und tarifunion**

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Der dbb rheinland-pfalz bekräftigt mit Nachdruck:

Der Beamtenstatus ist ein unverzichtbarer Pfeiler einer leistungsfähigen, demokratisch verfassten, rechtsstaatlichen und rechtssicheren Verwaltung.

Politische Vorstöße, die die flächendeckende, verwaltungsspartenübergreifende Verbeamtung auf allen öffentlichen Ebenen (Bund-Länder, kommunale Gebietskörperschaften, öffentliche Anstalten und Stiftungen) in Frage stellen, gefährden die Funktionsfähigkeit und Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Deshalb ist der Beamtenstatus für den dbb rheinland-pfalz nicht verhandelbar.

Wir fordern die Sicherung des Beamtenstatus in allen Bereichen staatlicher Aufgaben.

Unsere Gründe und Argumente sind eindeutig:

- Der Beamtenstatus gewährleistet politische Neutralität und Unabhängigkeit gegenüber tagespolitischen Einflüssen.
- Er schützt vor einer kurzlebigen Kommerzialisierung staatlicher Aufgaben.
- Er sichert die besondere Treuepflicht, die ein verlässliches Fundament für den Dienst am Gemeinwohl bildet.
- Er ist wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung des Legalitätsprinzips und somit für Gleichbehandlung und Gerechtigkeit.
- Er garantiert eine rechtsstaatlich abgesicherte, stabile Personalstruktur und macht den Staat krisenfest.
- Durch einheitliche Laufbahn- und Statusrechte stärkt er die Attraktivität öffentlicher Arbeitgeber gegenüber der Privatwirtschaft.
- Er trägt erheblich zur Nachwuchsgewinnung bei, da er Verlässlichkeit und Perspektive bietet.
- Er macht den öffentlichen Dienst im föderalen Gefüge vergleichbar, planbar und sicher.

Wir fordern daher unmissverständlich:

Der Beamtenstatus muss erhalten sowie rechtlich abgesichert bleiben und in seiner gesellschaftlichen Bedeutung von den Spitzen unseres Staates und von allen politischen Organen klar bestätigt werden. Die Personalpolitik der öffentlichen Hand muss sich an diesen klaren Kriterien ausrichten.

Nur so lässt sich die Handlungsfähigkeit des Staates auf Dauer am besten sichern.

Dazu gehört auch die systemgerechte zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Ländertarifergebnisse auf die Beamtenbesoldung und -versorgung.

Für ein angemessenes Länder- tarifergebnis 2026

**EntschlieÙung des Hauptvorstandes des
dbb rheinland-pfalz**

vom 28. Oktober 2025

Der dbb rheinland-pfalz erwartet von der Landesregierung sowie von der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, dass die anstehende Ländertarifrunde 2025/2026 zu einem konkurrenzfähigen Tarifergebnis führt, das die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes garantiert und sicherstellt, damit die Einrichtungen der Länder nicht weiter ausbluten.

Angesichts massiver Abgänge durch den Renteneintritt der Baby-Boomer, angesichts wachsender Personalbedarfe, steigender Anforderungen und wegen des zunehmenden Wettbewerbs mit anderen Arbeitgebern ist es unverzichtbar, die Beschäftigten durch eine faire und verlässliche Einkommensentwicklung zu stärken und die Beschäftigung im öffentlichen Dienst attraktiver auszugestalten.

Wir fordern im Vorfeld der gewerkschaftlichen Forderungsfindung, dass die Verhandlungen auf ein Ergebnis gerichtet werden, das jedenfalls eine angemessene lineare Anpassung der Entgelte gewährleistet.

Es darf nicht sein, dass der öffentliche Dienst der Länder dauerhaft hinter der Einkommensentwicklung anderer Bereiche zurückbleibt und so seine Rolle als attraktiver Arbeitgeber schwächt.

Eine spürbare lineare Anhebung ist notwendig, um allen Beschäftigtengruppen gleichermaßen Anerkennung und Sicherheit zu geben.

Darüber hinaus sehen wir verbindlichen Handlungsbedarf beim Thema "stufengleicher Aufstieg". Die bisherigen Unterschiede im Stufenlauf führen zu Ungleichbehandlungen, beeinträchtigen berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und mindern die Motivation vieler Beschäftigter.

Ein klares und gerechtes Regelwerk, das den stufengleichen Aufstieg verlässlich gewährleistet, muss Bestandteil des nächsten Tarifabschlusses sein.

Wir appellieren an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Landesregierung Rheinland-Pfalz, den kommenden Verhandlungen mit einer Haltung zu begegnen, die im Volumen des Tarifabschlusses zu tragfähigen und zeitgemäÙen Lösungen führt.

Nur durch ein Tarifergebnis, das die Interessen der Beschäftigten respektiert und die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes stärkt, wird es gelingen, Fachkräfte zu gewinnen, zu halten und die hohe Qualität öffentlicher Aufgabenerledigung zu sichern.

Das Ergebnis ist systemgerecht zeit- und inhaltsgleich auf die Beamtenbesoldung und -versorgung im Landes- sowie Kommunaldienst zu übertragen.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de

Appell für eine funktionsgerechte Ausstattung des öffentlichen Dienstes

EntschlieÙung des Hauptvorstandes des dbb rheinland-pfalz

vom 28. Oktober 2025

Mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl 2026:

Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz braucht die vorbehaltlose und entschlossene Unterstützung der Landespolitik.

Denn er ist das Fundament unserer Demokratie und der Garant für ein funktionierendes Gemeinwesen – in Schulen, Hochschulen, Verwaltungen, Sicherheitsbehörden, Justiz, Kliniken ebenso wie in der kommunalen Daseinsvorsorge. Keine gesellschaftliche Aufgabe kann auf Dauer bewältigt werden, wenn ihre Erfüllung an strukturellem Personalmangel, unzureichenden Ressourcen und damit an völlig überlasteten Beschäftigten scheitert.

Die Maxime gilt unverändert: Ohne funktionierenden öffentlichen Dienst ist kein Staat zu machen!

Diese Grundwahrheit muss Leitlinie des politischen Handelns der politischen Parteien, des Landtags und der Landesregierung in der kommenden Legislaturperiode sein.

Gerade in Zeiten, in denen komplexe Herausforderungen wie Klimaschutz, Digitalisierung, Fachkräftemangel, Migration und Krisenbewältigung auf die Tagesordnung drängen, brauchen die Menschen im Land verlässliche staatliche Strukturen.

Unverzichtbare Elemente solcher Strukturen sind gute Arbeitsbedingungen und ganz besonders eine ausreichende Finanzierung als Grundvoraussetzungen für motivierte Beschäftigte.

Wir fordern deshalb die demokratischen Parteien eindringlich auf, in ihren Programmen und insbesondere in eventuellen Koalitionsverhandlungen den öffentlichen Dienst nicht als Kostenfaktor, sondern als notwendige Investition zu begreifen und zu fördern.

Es geht nicht nur um faire Besoldung und Tarifentwicklung, sondern auch um Personalaufbau in Engpassbereichen, moderne Ausstattung, Qualifizierungsmöglichkeiten und Planungssicherheit für die Verwaltungen und Einrichtungen.

Es ist sicherzustellen, dass Rheinland-Pfalz auch in Zukunft ein Land bleibt, in dem ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst den sozialen Zusammenhalt trägt, die Sicherheit gewährleistet und den Anspruch auf Bildung, Gesundheit und Teilhabe verwirklicht.

Unsere Erwartung an die demokratischen Parteien lautet: Bekennen Sie sich klar zu dieser Verantwortung – und sorgen Sie für die notwendigen Ressourcen im Landeshaushalt.

Nur so kann gewährleistet werden, dass die Beschäftigten ihre Aufgaben auftragsgerecht erfüllen können und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat erhalten und gestärkt wird.



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62
55118 Mainz

Postfach 17 06
55007 Mainz

Telefon (06131) 61 13 56
Telefax (06131) 67 99 95

E-Mail: post@dbb-rlp.de